

Protokolleintrag vom 20.09.2006

2006/392

Motion von Bastien Girod (Grüne) und Pascal Pauli (Grüne) und 1 M. vom 20.9.2006: Fairer Handel, Bezug von Produkten durch die Stadtverwaltung

Von Bastien Girod (Grüne) und Pascal Pauli (Grüne) und 1 M. ist am 20.9.2006 folgende *Motion* eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche zum Inhalt hat, das gesamte Kaffee- und Teeangebot sowie wo möglich weitere Produkte, welche von städtischen Betrieben und Verwaltung eingekauft werden, auf Fair Trade (Defintion gemäss Antwort auf schriftliche Anfrage GR Nr. 2006/176) umzustellen. Auch sind Personalcafeterias bei der Vertragserneuerung zum Bezug von Produkten aus dem fairen Handel zu verpflichten.

Begründung:

Damit das Armutsgefälle zwischen Nord und Süd reduziert wird, braucht es eine gerechtere Globalisierung, welche für alle Teilnehmer Verbesserungen bringt. Aufgrund des durch die Globalisierung der Märkte entstandenen Kostendrucks ist eine umwelt- und sozialverträgliche Produktion in Entwicklungsländern oft nicht mehr möglich.

Der faire Handel wirkt dem entgegen, indem Transparenz geschaffen wird, welche es dem Kunden ermöglicht, umwelt- und sozialverträgliche Produktionsprozesse zu bevorzugen. Damit wird die nachhaltige Entwicklung in den Herkunftsländern begünstigt und eine gerechtere Globalisierung ermöglicht. Deshalb sollte auch die Stadt Zürich den fairen Handel unbedingt unterstützen.

Gemäss der Antwort auf die schriftliche Anfrage betreffend Bezug von Produkten aus dem fairen Handel (GR Nr. 2006/176) bezog der grösste Bezüger von Kaffee in der Stadtverwaltung, der koordinierte Lebensmitteleinkauf des Gesundheits- und Umweltdepartements, im Jahr 2005 nur 7.3 Prozent des Kaffees aus fairem Handel. 33 700 kg stammten nach wie vor aus konventioneller Produktion. Um diese 33.7 Tonnen Kaffee zu erzeugen, braucht es schätzungsweise eine Fläche von 100 Fussballfeldern mit 674 000 Kaffeebäumen, auf welcher etwa 120 Bauernfamilien und ihre Angestellten arbeiten.

Die Stadt Zürich hat eine Verantwortung gegenüber diesen Bauernfamilien und sollte dafür garantieren, dass auch für weit entfernte ArbeiterInnen gerechte Arbeitsverhältnisse und eine nachhaltige Entwicklung ermöglicht werden.